

**(Die Lage der Straßenbahnbediensteten.)**

Zu der gestern von der „Rathauskorrespondenz“ veröffentlichten Entgegnung auf die Ausführungen der Reichsratsabgeordneten Forstner und Müller wie des Verbandssekretärs Weigl in der kürzlich stattgefundenen Versammlung der Wiener Straßenbahnbediensteten erhalten wir von der Leitung des Verbandes der Verkehrs- und Transportarbeiter Oesterreichs als Veranstalterin dieses Meetings eine Darstellung, in der es heißt: Die in der Entgegnung angeführten Anschaffungsbeiträge für die Straßenbahnbediensteten treffen wohl zu, doch können diese nicht als eine laufende Einnahme der Bediensteten gewertet werden. Auch stehen die Anschaffungsbeiträge in gar keinem Zusammenhang mit der Fahrpreiserhöhung, da die Anschaffungsbeiträge schon seit langer Zeit bestehen, während die Fahrpreiserhöhung neueren Datums ist und lediglich mit der Lohnerhöhung des Monatsgehaltes der Bediensteten um 25 K. in Zusammenhang steht. Diese Lohnerhöhung kommt nach den Mitteilungen des Gemeinderates Kunschak einer Summe von 27 Millionen Kronen gleich. Um nun diese geringfügige Summe für die Lohnaufbesserungen zu erhalten, hat man das Publikum mit 30 bis 33 Millionen belastet, was die Gemeinde Wien in ihrer Entgegnung selbst zugibt. Sehr bedauerlich ist, daß die Gemeinde Wien die Trinkgeldfrage der Schaffner in ihrer Entgegnung aufgerollt hat. Demgegenüber sei festgestellt, daß das Trinkgeld tatsächlich nicht mehr als 2 K. täglich ausmacht und daß dasselbe durch die Fahrpreiserhöhung ganz bedeutend herabfinden wird.